

Arbeit und Lohnentwicklung nehmen, muss durch Mitbeteiligung am Unternehmen wiedergegeben werden können. Die Vermögensbildung in der Hand der Arbeitnehmer würde die Identifikation mit dem Unternehmen verstärken und die Kluft zwischen Arm und Reich verringern.]

WIR Nationaldemokraten WOLLEN

Die Wirtschaft hat dem Wohl des Volkes zu dienen!

Schaffung eines Grundrechts auf Arbeit!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Schaffung gleichwertiger, ökonomischer Verhältnisse in ganz Deutschland!

Förderung des deutschen Mittelstands!

Abbau sinnloser bürokratischer Vorgaben!

Privatisierung der Daseinsvorsorge stoppen! Die Daseinsvorsorge gehört in die öffentliche Hand!

Produktionsstättenverlagerung ins billigere Ausland stoppen!

Spekulationskapital bekämpfen, Investitionskapital fördern!

Kreditzugang für kleine Unternehmen verbessern!

Dauerarbeitslose Ausländer in ihre Heimat zurückführen!

Mitbeteiligung der Arbeitnehmer am Produktivmögen ihrer Unternehmen



WIRTSCHAFT



KONTAKT

Sie teilen unsere Inhalte? Dann helfen Sie mit, für ein Deutschland einzustehen, was seinen Namen verdient und treten mit uns in Kontakt. Wir freuen uns auf Sie!



/npd.de



npd.de



NPD-Parteizentrale,
Postfach 840157, 12531 Berlin



interessenten@npd.de



030 - 650 110
FAX 030 - 650 111 40



NPD-Partei Vorstand
IBAN: DE 80 1005 0000 6600 0991 92
BIC: BELADEBEXX
Berliner Sparkasse
Verwendungszweck: "Name
mit Ihrer Anschrift"

JETZT SPENDEN

Unterstützen Sie uns jetzt mit einer Spende. Jeder Euro zählt und Ihre Hilfe ist zu 50% steuerlich absetzbar. Herzlichen Dank!

NPD

Für eine deutsche Zukunft!

U.S.d.P. - Bismarck-Lindgasse, Telefonbüchse 42, 10965 Berlin - E.15



WIRTSCHAFT

DIE WIRTSCHAFT
MUSS DEM
VOLKE DIENEN

NPD

KEINE DIKTATUR DES INTERNATIONALEN KAPITALS!



Statt einer vielfältig strukturierten Volkswirtschaft mit einer Vielzahl an Branchen und Produktionsmöglichkeiten den Vorrang zu geben, werden ganze Regionen und Länder zu wirtschaftlichen und industriellen Monokulturen, in denen nur eine begrenzte Anzahl von Gütern für den Weltmarkt produziert wird. Die NPD tritt deshalb für eine diversifizierte Volkswirtschaft ein.

Wir Nationaldemokraten sind der Auffassung, dass die Wirtschaft nicht getrennt von den Bedürfnissen des Volkes betrachtet werden kann. Die Wirtschaft ist kein Selbstzweck großer Konzerne, die nur nach Wachstum und Profiten streben. Sie hat stattdessen den materiellen Bedarf der Bürger unseres Landes zu decken.

Auch kommt der Wirtschaft die Aufgabe zu, ausreichend anständig bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. Dafür müssen die erforderlichen politischen Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Nach unserem Dafürhalten muss jeder Deutsche das Recht auf eine Arbeit haben, mit der er in der Lage ist, sein Leben und das seiner Familie finanziell abzusichern. Auf der anderen Seite muss es auch eine Pflicht zur Arbeit geben. Jeder Deutsche sollte daran mitwirken, dass der Wohlstand unseres Landes und das Gemeinwesen erhalten bleiben.

Frauen bekommen für die gleiche Arbeit durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Die NPD fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit! Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass viele Gutausgebildete über Jahre hinweg von Praktikum zu Praktikum (Generation Praktikum) geschickt werden, ohne eine echte berufliche Perspektive angeboten zu bekommen. Es ist der Politik bisher nicht gelungen, auch nur ansatzweise gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland zu schaffen. Noch immer sind die Gehälter im Osten der Republik wesentlich geringer als im Westen, auch der Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro holt die Betroffenen nicht aus der Armutsfalle heraus.

Die NPD bekennt sich zu einem freien, aber sozial verpflichteten Unternehmertum. Unternehmen dürfen nicht durch übertriebene Bürokratie gegängelt werden, sollen aber dem Gemeinwohl dienen. Bürokratische Regelungen, die keinen sozialen, politischen, ökologischen oder wirtschaftlichen Nutzen mit sich bringen, sind zu streichen.

Heimische Unternehmen müssen vor der Marktmacht global agierender Großkonzerne geschützt werden. Der Mittelstand, der die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstellt, muss staatlich gefördert werden. Vor allem das öffentliche Auftragswesen und die Kreditvergabe der Banken müssen mittelstandsfreundlicher werden. Auch der Kreditzugang für kleine Unternehmen und potentielle Gründer muss verbessert werden.

[Schutz vor Spekulanten u. Marktzerstörern]

Während das kurzfristige Spekulationskapital kaum volkswirtschaftlichen Nutzen mit sich bringt, sollte das Investitionskapital, das Arbeitsplätze schafft und technologische Innovationen ermöglicht, gefördert werden. Ein beträchtlicher Teil der Finanzwirtschaft steht in keinem Verhältnis zur Realwirtschaft. Mittels riskanter Finanzinstrumente können sich zwar einige Wenige bereichern, sie zerstören aber die Ersparnisse von Vielen. Daher müssen Hedgefonds, hypothekensichere Verbriefungen, Leerverkäufe, Derivate und andere finanzielle Massenvernichtungsmittel verboten werden!

Das Entstehen von marktzerstörenden Monopolen muss verhindert werden! Dem Machtmissbrauch von Großkonzernen muss durch ein wirksames Kartellrecht begegnet werden.

Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge (Bahn, Post, Energie, Wasser, Krankenhäuser) hat zu einer Abnahme an Qualität bei zum Teil massiv gestiegenen Verbraucherpreisen geführt. Kurzfristigen Privatisierungsgewinnen stehen langfristige Mehrkosten für den Staat und die Verbraucher gegenüber. Die NPD spricht sich dafür aus, dass Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge rückgängig gemacht werden. Die infrastrukturelle Grundversorgung muss für alle Bürger erschwinglich sein und gehört daher in staatliche Hand.

Viele, vor allem große Konzerne haben in den letzten Jahren ihre Produktionsstätten in Deutschland geschlossen und ins billigere Ausland verlagert. Damit wollen sie ihre Profite erhöhen, auf Deutschland als Absatzmarkt wollen sie hingegen nicht verzichten. Die NPD will dieser Entwicklung entgegenzutreten und vertritt den Standpunkt: Wer in Deutschland im großen Stil verkaufen will, muss auch hier produzieren! Durch die Wiedereinführung von Zöllen können deutsche Unternehmen vor ausländischer Billigkonkurrenz geschützt werden.

Die Zuwanderung führt nicht nur zu steigenden Sozialkosten und höherer Kriminalitätsbelastung, sie übt auch einen massiven Druck auf die Löhne aus. Das Arbeitskräftereservoir wird durch Zuwanderung nach oben getrieben, was zu sinkenden Reallohnen führt.

Sinkenden Löhnen ist auch durch die Mitbeteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen des Unternehmens entgegenzuwirken. Was Automatisierung, Rationalisierung und Profitstreben an